

Wassfront

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Wassfront“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Votales und Verwaltungelles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Köhne, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kroll, Leipzig. — Verlag der Wassfront G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Köhligg. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 80 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 M. ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigergebühren: Die 7. u. 8. Kolonnenzeitung 20 Pfennig, Inserate u. auswärts 25 Pfennig, im Restamtzeitung 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspostamt Halle 41.

Nr. 124.

Halle, Montag den 3. Juni 1918.

2. Jahrgang.

25 Kilometer deutsche Marnefront.

Die Sommertagungen des Reichstages und des preussischen Landtages.

Diesen Dienstag trennen der Reichstag und der preussische Landtag wieder zu sammen. Hier wie dort gilt es zunächst den Geschäftsbetrieb zu beschleunigen. Im Reichstage wird sich diese Beschleunigung um so weiter hinausziehen, je mehr die Beratung der Steuerordnungen Zeit in Anspruch nimmt. Damit steht es aber vorläufig noch ziemlich windig aus. Ueber drei Milliarden Mark sollen durch die Vorschläge der Reichsregierung an neuen Steuern aufgebracht werden. Nach den Berechnungen des Zentrums-Berichterstatters Sulda werden diese Vorschläge den erwarteten Ertrag über nicht bringen, vielmehr ein Defizit von über einer Milliarde zurücklassen. Dem Reichstage erwächst daher nicht nur die Aufgabe, für diesen Fehlbetrag Deckung zu schaffen, sondern er muß auch sein Augenmerk darauf richten, daß die indirekten Steuern — fallen doch zu den bisherigen indirekten Kriegsteuern — neue Milliarden hinzugefügt werden — befristet werden. Welche Erfolge diese Bestrebungen haben werden, läßt sich nicht annähernd voraussagen. Sicher aber ist, daß die Verhandlungen sich noch außerordentlich langwierig gestalten werden und es also auch mit der Beschleunigung des Geschäftsbetriebes noch eine Weile hat.

Bei seinem Zusammentritt wird der Reichstag zunächst die Verhandlungen vorzunehmen haben, die sich über den Ausbruch nach dem Willen der Reichsregierung und der Zentralen Kandidaten, da sich weder gegen den Anbruch des Zentrums noch gegen die Person des präferierten Kandidaten, des scheidenden Reichstagspräsidenten Schulze, einwenden läßt. Die Sozialdemokratie würde dann auch in Zukunft nicht im Präsidium vertreten sein. Dafür würde sie aber mit Recht den Vorzug im wichtigsten Ausschuss, den gegenwärtig der Abg. Fehrenbach inne hat, beanspruchen dürfen. Die eigentlichen Verhandlungen des Reichstages werden mit übernehmlichen Besprechungen über die Sanierung des Weingüterbesitzes, der Preffengesetz und der Schatzgesetz einleiten. Hier muß vorausgedacht werden, daß endlich einmal mit dem Weingüterbesitz ausgemacht werden wird. Die Zentralen sind nur bereit, soweit kein militärische Fragen in Betracht kommen. Was jetzt von der Zentrale der Preffengesetz kommt, geht zu weit. Offiziell werden aus den feindlichen Ländern unangelegentlich Nachrichten verbreitet über die Sanierung der Preffengesetz, so daß der Leser zu der Meinung kommen muß, in den feindlichen Ländern sei alles kull, bei uns dagegen alles zum Besten bestellt. Wenn im feindlichen Ausland die Zentrale rüchellos geschäftig wird, so läßt sich das ungehindert durch den deutschen Siegessang erzeugen trüben Stimmung der feindlichen Bevölkerung begreifen. Bei uns oder liegt doch wahrlich kein Grund vor, die Preffe nur auf der Post aus den offiziellen Büros zu legen. Höhere Angaben müssen wir uns hier mit Rücksicht auf die Zentrale verhalten. Die Beschlüsse gegenüber der Zentrale haben bisher so wenig geflohen, wie gegenüber der Sanierung der Schatzgesetz. Deshalb wird im Reichstage darauf geachtet werden müssen, daß nun endlich Wandel geschaffen wird, und zwar gründlich.

Von sonstigen Aufgaben, vor die sich der Reichstag in seiner Sommertagung gestellt sieht, ist ein Entwurf zu erwähnen, der die Maßnahmen der militärischen Strafverfahren vorzählt. Da er aber nur in gewissen Fällen an die Stelle des Art. 17 des Grundgesetzes treten will, ist ihm allseitig Bedeutung nicht beigemessen. Festhalten muß deshalb an der Forderung einer durchgehenden Reform des ganzen Militärstrafrechts werden. Militärischen Charakter ist auch ein Entwurf, der die Zentrale, die durch Urtel wegen eines Verbrechens vom Geesendienst ausgeschlossen worden sind, zum militärischen Arbeitsdienst heranziehen will. Den Betroffenen wird die Fernhaltung vom Geesendienste in den seltensten Fällen als eine Strafe erscheinen. Sie werden deshalb auch ihre Befreiung vom Geesendienste während des Krieges nicht ablehnen. Die Allgemeine aber wird durch die Bestimmungen während des Krieges benachteiligt, da ihr Sonderaufwand von Militärdienst im dienstlichen Alter verloren gehen. Deshalb kann man auch bei der Heranziehung dieser Leute zum Arbeitsdienst einverstanden sein. Es muß dann aber dafür gesorgt werden, daß die Leute, während sie verwendet werden, wo sie wollen, auch als freie Menschen behandelt werden. In sozialpolitischen Angelegenheiten hat der Reichstag noch das Arbeitsbeschäftigungsgesetz zu erledigen. Weist schon die Vorlage der Reichsregierung schwere Mängel auf, so sind Einflüsse der Unternehmungsorganisationen wirksam, die die Vorlage noch weiter verwickelter wissen wollen. Die Sozialdemokratie wird alle Kräfte einsetzen müssen, daß ein brauchbares Gesetz zustande kommt. Und was von der Arbeitsbeschäftigungsgesetz gilt, gilt auch für andere wichtige Fragen sozialpolitischer Natur, erwähnt sei nur die Wohnungsfrage, die ihrer

Befassung hatten. Bei dem Kapitel des Reichstages des Innern wird der ganze weite Komplex der Sozialpolitik aufgerollt werden.

So wichtig aber alle diese Fragen sind, wichtiger noch sind die Fragen der allgemeinen politischen Lage. Als vor nun halb einem Jahre die Friedensresolution eine große Mehrheit im Reichstage fand, stand hinter dieser Resolution noch keine gestaltete Meinung. Sie war eine Art Friedensoffensive, die den Zweck hatte, den feindlichen Vätern den Weg zu einem Verständlichwerden zu weisen. Ansofern hat die Resolution ihren Zweck verfehlt. Aus diesem Grunde fanden sich später auch unter der Mehrheit Stimmen, die die Resolution dahin auslegten, daß die feindlichen Staaten, wenn sie nicht zum Frieden geneigt sind, mindestens für den Schaden aufkommen müßten, den sie durch die Ablehnung des Friedens verursacht haben. Mittlerweile hat sich die Entscheidung auf den Kriegsschauplatzen immer mehr zu unseren Gunsten gestaltet. Dies gestattet nicht nur den deutschen Kriegspolitikern, nun so zu dreist mit ihren Eroberungsplänen hervorzutreten, sondern auch in den Reihen der feindlichen Bevölkerungsdreier nimmt die Zahl der Schwärmer zu. So kann heute allerdings niemand sagen, ob die Friedensresolution noch eine Mehrheit im Reichstage hat oder nicht. Und die amerikanische Presse macht nach jeder Stimmung gegen die Resolution. Dieser Lage konnte man im Dresdener Anzeiger lesen, durch die Anhänger der Friedensresolution und Wähler wie Erzberger werde nur Unruhe erzeugt und deshalb sei gerade jetzt die Stunde gekommen, „mit diesen Inzentralisten aus einer wenig ruhmvollen Stimmungsschöpfung bei den Feindkämpfern aufzukommen“. Das schaffe Klarheit noch innen und noch außen. Nicht minder bezeichnend für die gegenwärtige Lage ist, daß das Blatt meint, es habe bei der Beratung Hertlings Reden gegen dessen Regierung geholt. Aber nachdem keine kluge staatsmännische Geschäftsführung durch keine bisherige Haltung erweisen ist, befindet es sich anständig, „daß diese Rede eine „Lilith“ war, und es glaubt, daß, wenn die bisherige Mehrheit keine entscheidende Arbeit zu leisten suchen sollte, er eine neue Mehrheit finden könnte. Für die Unklarheit, die über die Politik Hertlings herrscht, ist diese Auslassung jedenfalls bezeichnend. Auch die Zeitungsausgabe, daß der Abg. Erzberger beim Wiederzusammentritt des Reichstages für eine Person, also nicht als Bevollmächtigter des Zentrums, eine neue Friedensresolution einbringen werde, kennzeichnet die Lage. Aus dieser Unklarheit muß inoffiziell Klarheit werden. Ganz abgesehen davon, ob der Abg. Erzberger die ihm zugeschobene Arbeit, eine neue Resolution einzubringen, verwirklichen wird oder nicht, jedenfalls muß die Sozialdemokratie für die nötige Klarheit sorgen. Und das sei es an der nötigen Strohkraft nicht fehlen sollen, darüber sind wir uns nicht im Zweifel.

In dem Verlangen nach Klarheit treffen wir uns mit den Anhängern der Reden, den Kriegspolitikern. Auch sie fordern, daß der Reichstagsantrag endlich als seiner Würde herausstreue und sich über die Kriegsschritte der Regierung äußere. Insbesondere ist die Kriegsschritte der Regierung zu äußern. Insbesondere ist die Kriegsschritte der Regierung zu äußern. Insbesondere ist die Kriegsschritte der Regierung zu äußern.

Wie von der Reichsregierung, so muß auch von der preussischen Regierung verlangt werden, daß sie Klarheit schafft und in der Wahlrechtsfrage dem Zentrum ein Ende macht. Die Regierung will, bevor sie zur Einführung des Abgeordnetenwahlgesetzes schreitet, erst noch die Entscheidung des Herrenhauses herbeiführen. Wenn schon im Abgeordnetenhaus keine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zu finden ist, dann wird das Herrenhaus der Regierung erst recht keine Klärung bieten. Die Beteiligung auf das Herrenhaus und auf die Einführung der verfassungsmäßigen Wege kann daher nur als eine Ausrede betrachtet werden, die unangelegentlich Entschleunigung durch den Zweifel an das Land hinauszuweisen. Hoffentlich so wie die Regierung sich genötigt sah, die Wahlrechtsfrage nach während des Krieges zu lösen auf der Grundlage der Weisheit der Weisheit, so wird das Herrenhaus der Regierung die Stimmung im Volke darauf unangenehm beeinflussen, daß sie schließlich doch das widerpersönliche Abgeordnetenhaus wird auflösen müssen. (8)

Scheitern der Wahlrechtsvorlage in Koburg-Gotha.

Unter dieser Spitzmarke berichtet das Berliner Tageblatt:

Der Koburg-gothische Landtag beschäftigte sich heute mit der Abänderung des Landtagswahlrechts und mit der Einführung der direkten Wahl. Es wurde von beiden Landtagen getrennt abgelehnt, wobei der Koburger Landtag einstimmig für die Vorlage, während im gothischen Landtage die Vorlage zu Fall kam. Dort stimmten nur die liberale Landtagsfraktion und der sozialdemokratische Abgeordnete dafür, während neben den Agrariern auch die unabhängigen Sozialdemokraten dagegen stimmten, weil in dem Antrag nicht die Wünsche der Unabhängigen erfüllt waren. Damit ist durch das Verhalten der unabhängigen Sozialdemokraten die Wahlrechtsvorlage gescheitert.

Wie die den beiden Landtagen vorgeschlagene Wahlreform aussieht, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Umstand aber, daß im gothischen Landtage der sozialdemokratische Abgeordnete für die Reform gestimmt hat, läßt darauf schließen, daß die Reform gegen den bisherigen Zustand immerhin eine Verbesserung bedeutet, die durch das Verhalten der Unabhängigen bereitwillig werden ist. So sehen die praktischen Folgen der unabhängigen Politik aus!

Warnung vor Ausständen.

Mien, 2. Juni. Die Arbeiterzeitung veröffentlicht einen Aufruf der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich, in dem unter Hinweis auf die allgemeine europäische Lage festgestellt wird, daß der gegenwärtige Ausstand zu Ausständen nicht gestattet ist. Die Reichsregierung fordert daher die Arbeiter auf, im gegenwärtigen Augenblick gestrichelt zu vermeiden. Die Reichsregierung warnt die Arbeiter vor Überforderung ihrer Kraft und vor Ausständen, die nur zur Überforderung ihrer Kraft und der Arbeiterkraft für die Zukunft kampfswillig machen würden.

Diese Warnung hat natürlich in vollem Umfange Gültigkeit für die deutschen Verhältnisse!

Zur Verständigung der Sozialisten untereinander.

Da die Feinde und die Beschäftigungsklassen der dänischen Chauvinistenpresse gegen die Sozialdemokratische Dänemarks immer rücksichtsloser und eigenwilliger wurde und da diese Presse auch nicht davon zurückzusehen, angebliche Meinungen ausfindig zu machen über die „Abhängigkeit“ der dänischen Sozialdemokraten von Deutschland in entsetzlicher und falscher Weise wiedergeben, so hat die Partei beschlossen, durch ihren Geschäftsführer Stellung der Parteigenossen in England einen Bericht über die wahre Haltung der dänischen Sozialdemokraten in Frage zu überreichen.

Hierauf demeritierter Herndon telegraphisch eine ihm von einem Kopenhagener Chauvinistenblatt zugeschobene Zeitung, und jetzt liegt folgender Brief von Kamraj Nachdruck vor:

Lieber Steuermann!

Ich bin sehr erfreut, Ihren Brief erhalten zu haben, und bitte mich, Ihnen zu versichern, daß die Sozialisten in diesem Lande in keiner Weise sich über die Haltung ihrer dänischen Parteigenossen beunruhigen. Wir kennen sehr gut die schwierige Lage, in der Sie sich befinden haben, und was wir aus den Zeitungen selbst gesehen haben, daß uns davon gewarnt, auf Grundlage dieser Nachrichten über Ihre Haltung kritische Betrachtungen anzustellen und vorausgesetzte Meinungen zu geben. Wir sind selbst in solche Besetzung gestellt und verurteilt worden, aber wir sind unserer sozialistischen Überzeugung treu geblieben — und mit dem Resultat, daß die Stimmung uns sehr viel weniger feindselig als früher ist und der deutsche Teil der Bevölkerung begonnen hat, sich stärker für uns zu interessieren und zu unterstützen, wie unsere Stellung eigentlich war. Diejenigen von uns, die die Zusammenkunft der „Internationale“ in die Dreizehnten, werden durch den Verlauf der Ereignisse rechtlich befreit werden.

Von mir selbst und allen denjenigen, die mit mir zusammen gearbeitet haben, sende ich Ihnen und unsern dänischen Kameraden den aufrichtigsten Ausdruck unserer herzlichsten Sympathie und unsern Wunsch, daß wir durch gemeinsame Anstrengungen instand sein mögen, unser gemeinsames Ziel zu erreichen: Demokratische Freiheit und einen Frieden, der für die Dauer den Militarismus in Europa vernichtet.

Ihr ergebenster

Kamraj Nachdruck.

